SCHORNDORF »
DIE DAIMLERSTADT

Haushaltsrede 2024

„Kommunen im Ausnahmezustand Teil 2: Im Spagat zwischen Aufgabenerfüllung und Sicherstellung der dauerhaften Leistungsfähigkeit“

Thorsten Englert
Erster Bürgermeister

Heimat
guter Ideen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hornikel,
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

unser ehemaliger Erster Bürgermeister Horst Reingruber verabschiedete sich 2013 mit den folgenden Worten in den Ruhestand:

„Alle zehn Jahre kann unsere Stadt eine Großinvestition à la Burg-Gymnasium finanziell stemmen."

Heute – zehn Jahre später – weist unser Haushalt derartige Investitionssummen jährlich aus. Diese Investitionsmaßnahmen sind in der Regel Pflichtaufgaben oder einfach dringend erforderlich. Was uns alle zum Nachdenken bringen sollte:

Wir haben uns mittlerweile an diese hohe Investitionstätigkeit gewöhnt.

Aber warum ist das eigentlich so?

Die Vielfalt und Menge der kommunalen Aufgaben nimmt kontinuierlich zu und die Aufgabenerfüllung erscheint quasi selbstverständlich. Doch so langsam geht uns, wie vielen anderen Kommunen auch, das liebe Geld aus.

Beispiele?

1. Vor Ort übernehmen wir als unmittelbare Umsetzer immer mehr staatliche Aufgaben und meistern Krisen – jedoch ohne auskömmliche Finanzierung und ohne zusätzliches Personal. So wird uns beispielsweise die **Flüchtlingsunterbringung** von Bund und Land einfach mal so übertragen. Der Anstieg der Flüchtlingszuweisungen führt zu einer extrem angespannten Lage. Die Landkreise sind fast am Limit.

   In einem Brandbrief teilte uns Landrat Dr. Richard Sigel kürzlich mit, dass die Ukraine-Zuweisungen ohne jegliche Vorwarnung von Bund und Land derart ansteigen, dass das Ankunftszentrum in Waiblingen Richtung Belegungsmaximum steuert. Erschwerend kommt hinzu, dass die Asylbewerberzugänge innerhalb eines halben Jahres um rd. 350 % angestiegen sind.

   Höchste Zeit also, dass Bund und Länder dieses wichtige Thema endlich gemeinsam anpacken und uns Kommunen hoffentlich bald entlasten und dadurch die Migration gesteuert, geordnet und begrenzt werden kann.

   Diese Situation belastet nicht nur im sechsstelligen Bereich den Ergebnishaushalt, sondern fordert uns vor Ort auch als Verwaltung personell enorm.

   Durch den Migrantenzustrom haben wir natürlich auch einen geschärften Blick auf unsere Kitabedarfsplanung und auf die Schulentwicklung, denn Schulklassen kann man genauso wenig wie Kitagruppen von heute auf morgen vergrößern.

2. Jahr für Jahr investieren wir in den Ausbau und in die **Ausstattung von Kindertagesstätten sowie in die Schulkindbetreuung**, die wir gesetzlich vorantreiben müssen. Und gleichzeitig steigen die vorgegebenen Qualitätsstandards beim Bauen, aber auch die zu erfüllenden Vorschriften im laufenden Betrieb immer weiter an. Mit dem Ergebnis, dass unser Abmangel Jahr für Jahr weiter ansteigt und unseren Ergebnishaushalt belastet.

3. Um mit den Schulen den Weg ins Digitalzeitalter dauerhaft erfolgreich zu gehen, braucht es neben guten Konzepten und der Veränderungsbereitschaft Eines: Ganz viel Geld, denn die **Digitalisierung** ist eine Daueraufgabe.

   Hierfür müssen die Länder umdenken. Wir Kommunen benötigen langfristig mehr Haushaltsmittel, weil wir dies nicht zusätzlich aus dem laufenden Schulbudget finanzieren können.

4. Bei unseren **Stadtwerken** stehen wie in der gesamten **Energiewirtschaft** große Umwälzungen und Transformationen an. Nur so können wir auch zukünftig unsere Versorgung und unseren Wohlstand vor Ort sichern.

   Diese Zukunftsinvestitionen in den Ausbau der Wärme- und Strominfrastruktur, in die Eigenerzeugung durch Wind- und PV-Anlagen oder in den Glasfaserausbau, den wir mit ganzer Kraft vorantreiben, werden sehr kostenintensiv und belasten dauerhaft unsere kommenden Haushalte. Die Amortisationszeit dieser Zukunftsaufgaben beträgt viele Jahre. Aber diese rechnen sich und sind vor allem dringend notwendig!

   Stand heute wissen wir auch noch gar nicht, ob und in welcher Höhe es für diese Zukunftsinvestitionen Zuschüsse und Förderprogramme geben wird.

   Wir wissen nur Eines:

   Unseren Bürgerinnen und Bürgern müssen wir schnellstmöglich Antworten in Sachen Wärmewende liefern. Und deshalb gehen wir hier mit voller Kraft, aber auch mit dem erforderlichen Augenmaß, in Vorleistung.

   Damit die neuen Geschäftsfelder erfolgreich werden, müssen wir im Vertrieb Vollgas geben. Daher der Appell an unsere Stadtwerke:

   Vertrieb, Vertrieb, Vertrieb!!!

5. Viele unserer **Immobilien** müssen genauso wie unsere städtische **Infrastruktur** – und das sind viele Straßen, Brücken, Freizeit- und Sportanlagen oder auch Grün- bzw. Verkehrsanlagen – grundlegend saniert oder komplett neu gebaut und errichtet werden. All diese Investitionen und Investitionsentscheidungen fallen zukünftig in ein Finanzierungsumfeld, das immer schwieriger wird und nachhaltige Investitionen kaum noch ermöglicht.

Deshalb müssen wir uns folgende Frage stellen:
Was bauen wir zurück?

Durch die jährliche Fortschreibung und Aktualisierung unserer Immobilienlandkarte in einer 10-Jahresplanung haben wir immer auf dem Radar, welche unserer Immobilien das Ende ihres Lebenszyklus erreicht haben und was eine Sanierung einschließlich der Folgekosten für unseren Ergebnishaushalt bedeutet.

6. Die wirtschaftlich sehr guten 10er Jahre, in der die **Wirtschaft** nur eine Richtung und zwar die gen Norden kannte, sind vorbei. Ebenso die Zeiten, zu denen nahezu jede Investition zu einem Nullzins finanzierbar war.

   Seit Beginn des Ukraine-Kriegs hat sich vieles gravierend verändert. Wir haben nicht nur eine hohe Inflationsrate von über 6 %. Viele Betriebe stehen wegen der unsicheren Weltwirtschaftslage, der hohen Energie- und Rohstoffpreise, der steigende Arbeitskosten sowie durch die derzeit hohen Zinsen vor enormen Herausforderungen.

   Vor allem im Bauhauptgewerbe schlagen diese hohen Kosten für Material und die steigenden Zinsen für Baufinanzierungen durch. Sie machen das Bauen und insbesondere das Wohnen immer teurer. Auch bei uns in Schorndorf.

   Unser Stadtbau-Geschäftsführer Martin Schmidt kann hiervon ein Lied singen. Laut dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg wurden im ersten Halbjahr 2023 rd. 21% weniger Wohnungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum genehmigt. Auch in Schorndorf nahm die Anzahl der Bauanträge und folglich der Baugenehmigungen leicht ab. Tendenz weiter fallend.

   Die Landesregierung muss deshalb schneller und wirkungsvoller reagieren und gleichzeitig die Vorschriften und Anforderungen für Wohnraum lockern. Denn die staatliche Förderung gleicht die zusätzliche Belastung durch klimapolitische und ökologische Auflagen längst nicht mehr aus.

   Ich weiß nicht wie es Ihnen geht, aber auf dem Baugipfel mit unserem Bundeskanzler Scholz hat mir im Ergebnis der „Wohnungsbau Wumms“ gefehlt, der der toxischen Mischung aus Kostensteigerungen, gekürzten Fördermitteln und höheren Zinsen entgegensteuert.

   Wir befinden uns inmitten einer Phase, in der man Investitionsmaßnahmen zwar planen kann, aber besser nicht umsetzten sollte, wohlwissend, dass die Inflation immer noch höher als die Finanzierungskosten liegt und damit ein antizyklisches Handeln rechtfertigt.

   Derzeit kommt einfach alles geballt zusammen und wir erleben einen gewaltigen Sturm, dessen Ausmaß kaum vorherzusehen ist.

Aber meine Damen und Herren,

wir Kommunen haben den Auftrag der Daseinsvorsorge. Und diesem müssen wir gerecht werden. Gleichzeitig sollen wir aber auch die Wirtschaft ankurbeln.
Und das heißt schlichtweg: Wir müssen die erforderlichen Investitionen tätigen.

Für die im vorliegenden Haushaltsentwurf veranschlagten **Investitionsmaßnahmen**, einschließlich der Finanzplanung bis 2027, gilt zudem mindestens einer der drei folgenden Punkte:

- Wir haben von Ihnen **per Gemeinderatsbeschluss** den klaren **Auftrag**, die beschlossenen Maßnahmen umzusetzen.

- Es handelt sich bei den veranschlagten Investitionen um **unaufschiebbare Maßnahmen** oder Maßnahmen, zu denen wir als Kommune in Sachen **Daseinsvorsorge verpflichtet** sind.

- Die veranschlagten Maßnahmen sind **bereits finanziert**, jedoch aus verschiedensten Gründen noch nicht umgesetzt.

Meine Damen und Herren,

wir wissen sehr wohl, dass wir mit diesem Haushalt in vielen Bereichen an unsere Kapazitätsgrenze stoßen. Deshalb darf es auch kein „Weiter so“ mit immer neuen Standards, Aufgaben und bürokratischen Kleinstregelungen mehr geben.

Und damit kommen wir nun zu den Eckwerten des Planentwurfs 2024 und insbesondere zum Ergebnishaushalt.

Diese Zahlen haben es in sich.

Ergebnishaushalt und Mittelfristige Finanzplanung 2025-2027

Zahlen, Daten und Fakten

Das Volumen unseres Ergebnishaushalts wächst Jahr für Jahr. Die ordentlichen Aufwendungen steigen gegenüber dem Vorjahr um über 8 Mio. Euro und betragen rd. 142 Mio. Euro. Davon sind etwa 138 Mio. Euro ordentliche Erträge. Das bedeutet: Wir weisen in 2024 im ordentlichen Ergebnis einen Verlust i.H.v. rd. 4 Mio. Euro aus. 2024 und im gesamten Finanzplanungszeitraum schaffen wir es nicht, unseren laufenden Betrieb **ordentlich** zu finanzieren. Somit gelingt es uns trotz jahrelanger Konsolidierungsrunden nicht, den gesamten Ressourcenverbrauch, wie gesetzlich vorgeschrieben, zu erwirtschaften und damit dem Prinzip der intergenerativen Gerechtigkeit vollumfänglich Rechnung zu tragen.

Zwar können wir den geforderten Ausgleich der negativen Ergebnisse im Ergebnishaushalt bilanztechnisch über die Entnahme aus der Ergebnisrücklage erreichen. Diese beträgt zum 31.12.2023 rd. 30 Mio. Euro. Bis zum 31.12.2027 reduziert sie sich dann aufgrund der erforderlichen Entnahmen zum Haushaltsausgleich auf rd. 15 Mio. Euro.

Allerdings führt dies letztendlich dazu, dass sich unsere Eigenkapitalquote reduziert und sich unsere Verschuldung erhöht.

Hier einen Blick auf das ordentliche Ergebnis der kommenden Jahre:

Nr.	Gesamtergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Finanzplanung		
					Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	Planung 2027 EUR
		1	2	3	4	5	6
11	= Ordentliche Erträge	121.471.352	130.123.500	137.767.200	143.736.600	146.133.000	148.002.300
19	= Ordentliche Aufwendungen	-117.140.679	-133.575.400	-141.845.400	-147.428.400	-149.096.400	-152.890.500
20	**= Veranschlagtes ordentliches Ergebnis**	**4.330.673**	**-3.451.900**	**-4.078.200**	**-3.691.800**	**-2.963.400**	**-4.888.200**

Im Vergleich zu vielen anderen Kommunen haben wir aber noch außerordentliche Erträge durch unsere aktive und behutsame Grundstückspolitik.

Das Sonderergebnis entwickelt sich wie folgt:

Nr.	Gesamtergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Finanzplanung		
					Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	Planung 2027 EUR
		1	2	3	4	5	6
21	+ Außerordentliche Erträge	2.631.162	3.593.900	2.784.400	4.368.700	6.568.900	5.673.900
22	- Außerordentliche Aufwendungen	-815.831	-25.000	0	0	-77.500	0
23	**= Veranschlagtes Sonderergebnis**	**1.815.331**	**3.568.900**	**2.784.400**	**4.368.700**	**6.491.400**	**5.673.900**

Das begünstigt uns in den Haushaltsjahren 2025 bis einschließlich 2027 im Gesamtergebnis und wir können Gewinne ausweisen. 2024 schaffen wir dies allerdings nicht.

Nr.		Gesamtergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Finanzplanung		
						Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	Planung 2027 EUR
			1	2	3	4	5	6
20	=	Veranschlagtes ordentliches Ergebnis	4.330.700	-3.451.900	-4.078.200	-3.691.800	-2.963.400	-4.888.200
21	+	Außerordentliche Erträge	2.631.162	3.593.900	2.784.400	4.368.700	6.568.900	5.673.900
22	-	Außerordentliche Aufwendungen	-815.831	-25.000	0	0	-77.500	0
23	=	Veranschlagtes Sonderergebnis	1.815.331	3.568.900	2.784.400	4.368.700	6.491.400	5.673.900
24	**=**	**Veranschlagtes Gesamtergebnis**	**6.146.032**	**117.000**	**-1.293.800**	**676.900**	**3.528.000**	**785.700**

Wir entnehmen - 4 Mio. Euro aus der ordentlichen Rücklage, der außerordentlichen Rücklage führen wir das positive Sonderergebnis von 2,78 Mio. Euro zu. Das führt in Summe zu einer Reduzierung der Rücklagen um 1,2 Mio. Euro. Hierdurch reduziert sich unsere Eigenkapitalquote in 2024 und unsere Verschuldung erhöht sich.

Aufgrund der Gewinne im Sonderergebnis steigt zumindest die Rücklage aus dem Sonderergebnis in den Jahren 2025 bis 2027 summarisch an. Dadurch, dass die Überschüsse aber niedriger als die Investitionen im Finanzplanungszeitraum sind, kommt es dennoch zu einem Anstieg der Verschuldung.

Somit hat das prognostizierte Gesamtergebnis konkrete Auswirkungen auf die Eigenfinanzierungskraft unserer Stadt.

Unser Zahlungsmittelüberfluss (Cashflow) ist wahrlich alles – nur nicht fürstlich.
Aber diese liquiden Mittel brauchen wir dringend zur Tilgung unserer Kredite und zur Finanzierung unserer Investitionen. Das folgende Schaubild verdeutlicht, wie eng unser finanzieller Spielraum für Neuinvestitionen ist.

Nr.		Gesamtfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE 2024 EUR	Finanzplanung		
							Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	Planung 2027 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
17	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	10.582.211	4.198.800	4.258.700	0	4.954.700	5.877. 800	4.007.500
33	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	1.650.000	22.141.400	9.636.200	0	14.758.100	13.341.300	9.151.400
34	-	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	-3.262.228	-3.262.300	-3.370.000	0	-4.500.000	-4.650.000	-4.800.000

In den Jahren 2024 bis 2026 schaffen wir es, die Tilgungen zu erwirtschaften.

2027 gelingt uns das jedoch nicht mehr.

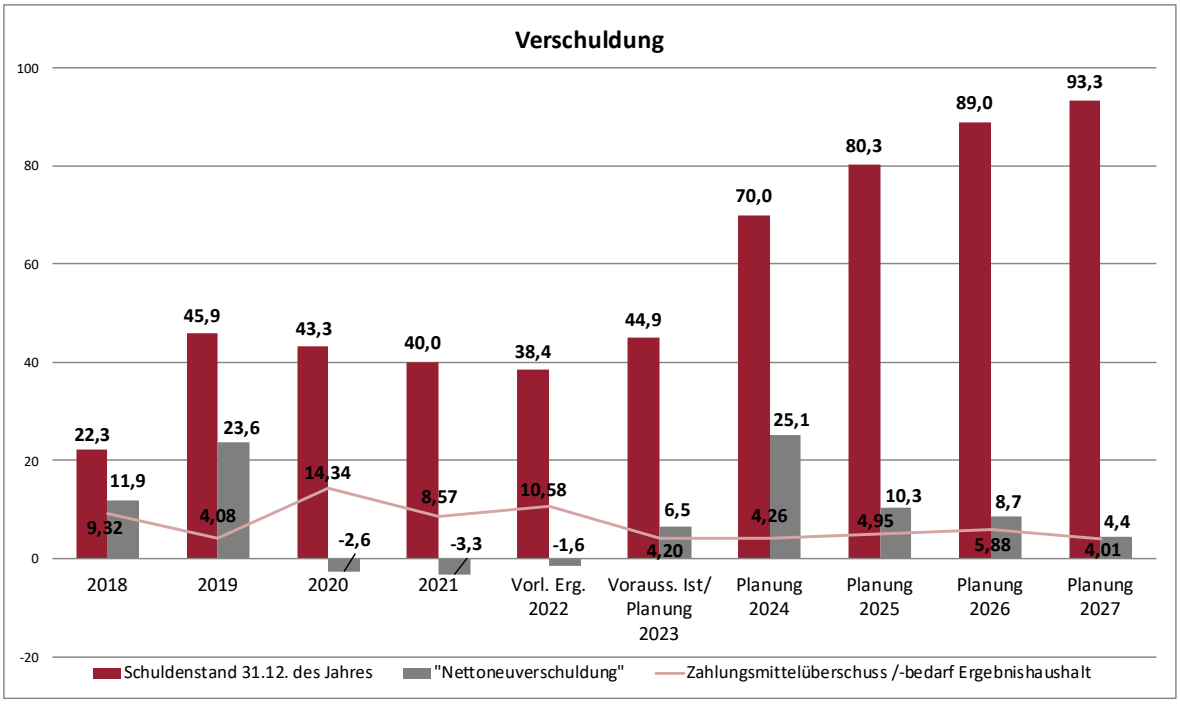
Im gesamten Finanzierungszeitplan 2024 bis 2027 bleiben nach Abzug der Tilgungen nur noch rd. 1,7 Mio. Euro aus dem Ergebnishaushalt übrig, um die veranschlagten Investitionen von rd. 95 Mio. Euro zu finanzieren. Das ist sehr dünn.

Mit anderen Worten:

Um die veranschlagten Investitionen i.H.v. 95 Mio. Euro zu finanzieren, benötigen wir in diesem Zeitraum Kreditaufnahmen von rd. 47 Mio. Euro. In 2024 betragen die Kreditaufnahmen ca. 9,6 Mio. Euro.

Unsere Kreditverbindlichkeiten werden, sofern wir alle Investitionen umsetzen können, von voraussichtlich 45 Mio. Euro Ende 2023 auf rund 70 Millionen Euro Ende 2024 ansteigen. Fast 19 Millionen Euro dieses Anstiegs stammen allerdings aus Kreditermächtigungen des Vorjahres und damit aus unserer nicht umgesetzten investiven Bugwelle.

Am Ende des Finanzplanungszeitraums 2024 betragen die Kreditverbindlichkeiten dann rd. 93 Mio. Euro.



Von der 100 Mio. Euro Marke sind wir somit nicht mehr weit entfernt!

Gemäß unserem Finanzierungsleitfaden liegt momentan die Schuldenobergrenze bei rd. 140 Mio. Euro.

Nun sind wir alle keine Pessimisten. Aber die gewaltigen Herausforderungen der kommenden Jahre sollten auch den größten Optimisten zum Nachdenken bringen.

Jede neue Investition setzt in diesen Zeiten nicht nur die Finanzierbarkeit der Investition selbst, sondern auch die finanzierbare Folgebelastung durch Zinsen, Abschreibungen, Personal und Instandhaltung voraus.

Um es auf den Punkt zu bringen: Wir brauchen nicht mehr Geld, wir brauchen deutlich mehr Geld! Und wir brauchen dringend mehr Unterstützung durch Bund und Land.

Meine Damen und Herren,

trotz aller Herausforderungen, vor denen wir mit diesem Haushalt gemeinsam stehen, die gute Botschaft vorneweg:

Wir gehen grundsätzlich von einer Genehmigungsfähigkeit aus.

In den Jahren 2024 bis 2026 schaffen wir es, die Tilgungsleistungen durch den Zahlungsmittelüberschuss (Cashflow) aus dem Ergebnishaushalt zu erwirtschaften.

Doch ehe ich jetzt gleich auf die wichtigsten Eckdaten des Ergebnishaushalts komme, möchte ich Ihnen, lieber Herr Wenzelburger, und dem ganzen Kämmereiteam meinen Dank aussprechen.

Schon letztes Jahr habe ich Ihnen angekündigt, dass das Haushaltsjahr 2024 für uns strukturell ein ganz schwieriges wird. Gemeinsam haben wir zwei, solange wie noch nie, an diesem Zahlenwerk gefeilt und wir haben unseren Fachbereichen, den Stabstellen und unseren Beteiligungen so einiges abgefordert.

Ihnen allen darf ich meinen Dank hierfür aussprechen.

Und ich übertreibe nicht, wenn ich sage: Aus diesem Haushalt ist so gut wie nichts mehr herauszuholen. Wir haben die Planansätze zig Mal nach unten korrigiert, um Ihnen heute einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen.

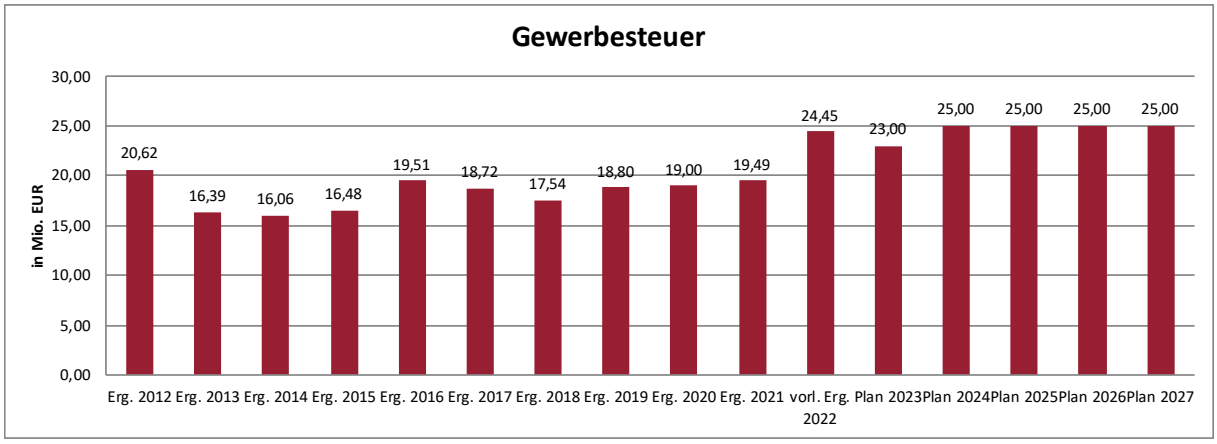
Wenden wir uns zuerst der Einnahmeseite zu.

Ordentliche Erträge

Die ordentlichen Erträge betragen in 2024 rd. 138 Mio. Euro und liegen um rd. 7,5 Mio. Euro höher als im Vorjahr.

Die wichtigste Einnahmequelle ist und bleibt weiterhin die Einkommenssteuer, die rd. 29,5 Mio. Euro beträgt. Sie steigt aufgrund der sich verschlechternden Rahmenbedingungen um bescheidene 600.000 Euro.

Unsere Gewerbesteuer setzt ihren Höhenflug weiter fort und ist mit 25 Mio. Euro auf einem Rekordhoch veranschlagt. Aber wir alle wissen auch, wie volatil sie ist.



Es bleibt also fraglich, ob diese positive Entwicklung auf Dauer anhält. Klar ist jedoch: Für eine Stadt in unserer Größenordnung ist die Gewerbesteuer immer noch viel zu niedrig. Normal und auskömmlich wären 40 – 45 Mio. Euro. Und dann meine Damen und Herren, hätten wir die ein oder andere Sorge weniger.

Fakt ist: Wir brauchen neue Gewerbegebiete, um neue Betriebe ansiedeln zu können. Und wir müssen an Grundstücke heran, an die wir uns bisher nicht herangetraut haben.

Im gesamten Planungszeitraum 2024 bis 2027 haben wir derzeit noch keine Steuererhöhungen eingepreist.

Dies soll – Stand heute – auch nach der Umsetzung der Grundsteuerreform zum 1. Januar 2025 mit dem Ziel einer Aufkommensneutralität so bleiben. Es kommt bald die schwierige Aufgabe auf uns im Gremium zu, unsere Grundsteuerhebesätze so zu bestimmen, dass wir diesem Grundsatz gerecht bleiben.

Kommen wir nun zu den Hauptkostentreibern, die unseren Ergebnishaushalt schwer belasten: Den ordentlichen Aufwendungen.

Ordentliche Aufwendungen

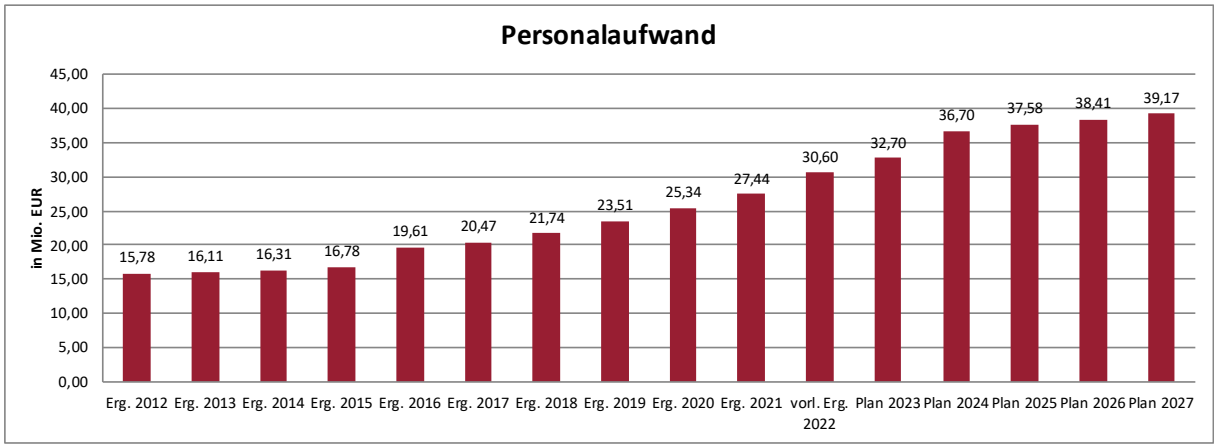
Die ordentlichen Aufwendungen betragen in 2024 rd. 142 Mio. Euro und liegen um rd. 8,5 Mio. Euro höher als im Vorjahr.

Personalaufwendungen

Steigen werden in 2024 vor allem die Personalaufwendungen aufgrund des hohen Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst. Dieser soll niveaugleich auch auf die Besoldung der Beamtinnen und Beamten übertragen werden.

Die Personalaufwendungen erhöhen sich um rd. 4 Mio. Euro auf nunmehr 36,7 Mio. Euro. Das entspricht einer Kostensteigerung von über 12 % im Vergleich zum Vorjahr.

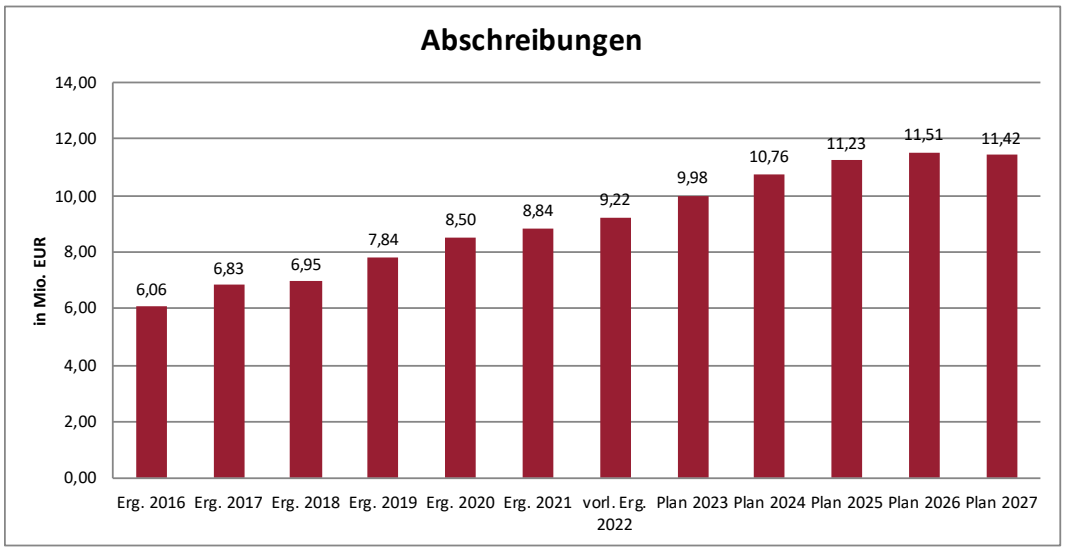
Der Blick auf folgenden Chart verdeutlicht die Zunahmen:



Wegen der Aufgabenzuwächse kommen wir auch an Stellenschaffungen nicht vorbei. Im Stellenplan – den wir im kommenden Verwaltungs- und Sozialausschuss ausführlich behandeln – haben wir gegenüber dem Haushalt 2023 18 neue Vollzeitäquivalente (VZÄ) veranschlagt, von denen tatsächlich jedoch nur 4,5 VZÄ im Jahr 2024 hinzukommen. Die anderen 13,5 VZÄ wurden bereits unterjährig besetzt oder werden aktuell besetzt, tauchten aber im Stellenplan 2023 noch nicht auf. Die Kosten hierfür belaufen sich insgesamt auf 800.000 Euro.

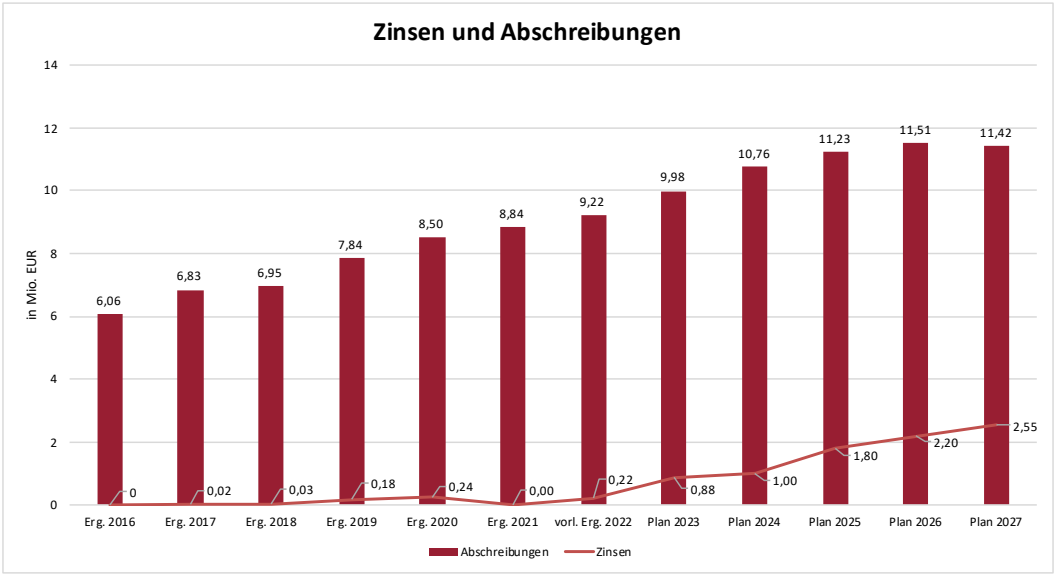
Afa

Aber auch die Abschreibungen machen uns aufgrund unserer hohen Investitionstätigkeit sehr zu schaffen. Sie steigen um weitere 800.000 Euro auf rd. 10,8 Mio. Euro an. Auf diese Neuinvestitionen gehe ich gleich näher ein.



Zinsaufwendungen

Uns belasten vor allem die deutlich ansteigenden Zinsen. Sie betragen in 2024 rd. 1 Mio. Euro und steigen bis zum Ende der mittelfristigen Finanzplanung auf über 2,5 Mio. Euro an. Unsere Zinsen steigen somit doppelt. Zum einen, weil wir auf einen wachsenden Schuldenstand Zinsen bezahlen müssen, und zum anderen, weil das Zinsniveau durch die EZB-Erhöhung weiter ansteigt.



Afa und Zins zusammen belasten unseren Ergebnishaushalt somit um mindestens 1,1 Mio. Euro zusätzlich gegenüber 2023.

Kreisumlage

Bei einem unterstellten Hebesatz von 31,5 % sind insgesamt 23 Mio. Euro im Entwurf veranschlagt. Aufgrund der gestiegenen Steuerkraft in 2022 bedeutet diese Hebesatzreduktion in Höhe von 1,5 % Mehraufwendungen von rd. 0,5 Mio. Euro gegenüber 2023. Angesichts der über 120 Mio. Euro teuren Erweiterung der Rems-Murr-Kliniken am Standort Schorndorf überweisen wir dieses Jahr aber ohne großes Murren. Denn diese Investition sichert langfristig die medizinische Versorgung vor Ort und baut sie weiter aus.

Investitionsplanung 2024 bis 2027

In 2024 sind Investitionen von rd. 23 Mio. Euro veranschlagt. Im gesamten Finanzplanungszeitraum sogar deutlich über 90 Mio. Euro. Sie übersteigen das aktuell Leistbare jedoch deutlich.

Ich betone es nochmal: Das ist unter den aktuellen Voraussetzungen, und ich verweise auf das eingangs Gesagte, für uns als Stadt schlichtweg too much.
Schauen wir uns die in 2024 veranschlagten Investitionen einmal genauer an.

Von den eingestellten 23 Mio. Euro entfallen in 2024:

1. 6,7 Mio. Euro für den **Grunderwerb**, davon sind allerdings 6,2 Mio. Euro für die Barbara-Künkelin-Halle nebst Gastro-Bereich vorgesehen.

   Unsere Stadtbau GmbH überträgt den Vermögenswert BKH im Wert von ca. 5,8 Mio. Euro zum 31.12.2024 an die Stadt. Dies wird im Gegenzug mit einem der Stadtbau gewährten Darlehen in ca. der gleichen Höhe verrechnet – Kredite sind hier nicht erforderlich. Lediglich der Erwerb des Gastro-Bereichs muss mit voraussichtlich 400.000 Euro ergänzend finanziert werden.

   Die Folge ab 2025 ff: unser Ergebnishaushalt wird um rd. 200.000 Euro zusätzlich belastet (Afa).

2. 10 Mio. Euro für **Baumaßnahmen**, wie beispielsweise

   a) Eine weitere Finanzierungsrate für die neue Bücherei von rd. 2,3 Mio. Euro.

   b) Erstmals neu veranschlagt ist eine Planungsrate i.H.v. 0,65 Mio. Euro für den Neubau eines Feuerwehrhauses in der Kernstadt, welches wir in der Novemberrunde auf der Tagesordnung haben. Die erste grobe Kostenschätzung liegt hier in der Größenordnung von 20 bis 25 Mio. Euro.

   c) Eine erste Finanzierungsrate für die Sanierung der Sporthalle Grauhalde mit 1,25 Mio. Euro bzw. Gesamtkosten von 2,0 Mio. Euro. Hier liegt allerdings eine 50 %-ige Förderung zugrunde.

   d) Die Schlussrate für die Sanierung eines Pavillons in der Fuchshofschule mit 0,62 Mio. Euro.

   e) Für die Dachsanierung in der Kita Hinter dem Zaun in Weiler sind 0,5 Mio. Euro eingestellt.

   f) Sowie viele kleinere und mittelgroße Baumaßnahmen, die größtenteils unter dem Radar der öffentlichen Wahrnehmung ablaufen.

3. An **Erwerb für bewegliche Sachen** sind rd. 0,8 Mio. Euro veranschlagt,

4. für **Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen** rd. 1,1 Mio. Euro

5. und weitere 4,2 Mio. Euro als **Kapitaleinlage für unsere Bäderbetriebe**.

Unsere Stadtwerke Schorndorf GmbH schaffen es im gesamten Finanzplanungszeitraum bis 2027 nicht mehr, die weiterhin steigenden Bäderverluste wie in der Vergangenheit durch Gewinne aus der GmbH auszugleichen. In aller erster Linie muss es gelingen, wieder profitabel zu werden. Insbesondere müssen die Gewinne deutlich steigen. Angesichts der anstehenden Zukunftsinvestitionen eine Herkulesaufgabe, die unser Geschäftsführer Daniel Beutel da zu stemmen hat. Die Bäderbetriebe benötigen aufgrund der rückläufigen Gewinne dringend Liquidität. Diese Mittel sind von der Stadt zur Verfügung zu stellen.

2023 haben wir bereits 5,4 Mio. Euro an die Bäderbetriebe ausbezahlt. 2024 dann weitere 4,2 Mio. Euro und in der Finanzplanung sind in toto weitere 7,2 Mio. Euro veranschlagt. Insgesamt müssen wir somit bis 2027 über 17 Mio. Euro investieren, um unsere Bäderlandschaft einschließlich unserer Teilortsbäder in dem bisher gewohnten Umfang betreiben zu können. Dieser Zuschuss von rd. 17 Mio. Euro ist voll kreditfinanziert und erschwert es uns zukünftig, neue Investitionen zu tätigen. Dadurch verschulden wir uns konsumtiv.

Ab dem Jahr 2026 kommt erschwerend hinzu, dass die Gewinnrücklage der Bäder aufgebraucht ist. Dieser Verlust muss dann voll durch den Ergebnishaushalt der Stadt getragen werden.

Aus heutiger Sicht ist mit einer Summe in der Größenordnung von 3,5 Mio. Euro jährlich zu rechnen. Ein Betrag, der dann nicht mehr für weitere Investitionen zur Verfügung steht und unseren städtischen Ergebnishaushalt auf Dauer lahmlegt.

Ein echter Teufelskreis.

Der Betrieb und die Konsolidierung unserer Bäder steht somit auf dem Dauerprüfstand.

Eine Priorisierung und Festlegung, welche der freiwilligen Aufgaben wir uns zukünftig noch leisten wollen – oder unter diesen Voraussetzungen noch leisten können – wird somit zur Pflichtaufgabe für den neuen Gemeinderat.

Solche Kraftbeschlüsse gehen aber nur GEMEINSAM.

Nicht zu handeln bedeutet ein bewusstes in Kauf nehmen einer weiter steigenden Verschuldung. Und gleichzeitig bedeutet dies, dass wir den Haushaltsausgleich nicht erwirtschaften können.

Und damit komme ich zum Schluss.

Fazit

Meine Damen und Herren,

wir stehen vor epochalen Herausforderungen und sind gleichzeitig am Limit des Leistbaren angekommen.

Der Titel für den Haushalt 2024

„Im Spagat zwischen Aufgabenerfüllung und Sicherstellung der dauerhaften Leistungsfähigkeit“

trifft es, wie ich finde, genau auf den Punkt.

Unsere Aufgaben, die wir Kraft Gesetz zu stemmen haben, sind fast unendlich: Klimaschutz, Flüchtlingsmanagement, Digitalisierung, bezahlbarer Wohnraum, Verkehr, Strom- und Wärmeversorgung, Bildung, und und und. Aber auch die Bewältigung des Fachkräftemangels spüren wir immer stärker.

Diese große Bandbreite und Menge an zu erfüllenden Aufgaben ist ohnehin ein richtiger Kraftakt. Noch schwieriger macht es jedoch unsere finanzielle Lage. Vor allem die fehlenden Mittel von Bund und Land lassen uns vor einem kaum zu bewältigenden Aufgabenberg und im Regen stehen.

Bei vielen neuen Investitionsentscheidungen, beispielsweise die Wärmeversorgung, ist derzeit überhaupt noch nicht geklärt, ob und in welcher Höhe Zuschüsse und Förderprogramme kommen werden.

Deshalb erneut mein Appell an die höheren Ebenen: **Wir Kommunen brauchen eine auskömmliche finanzielle Unterstützung.** Denn nur so können wir die uns zusätzlich auferlegten Aufgaben erfüllen.

Hermann Schmitt-Vockenhausen sagte: „Die Gemeinden sind der eigentliche Ort der Wahrheit, weil sie der Ort der Wirklichkeit sind.“

Und der Gemeindetag schreibt in seinem Magazin die:gemeinde (S. 5, Sonderausgabe zur Mitgliederversammlung 2023):

„Kommunen sind der Ort, wo Politik konkret wird, wo Menschen die direkten Ergebnisse von politischen Entscheidungen spüren. Kommunen sind der Ort, wo Gemeinwesen lebendig wird und wo die Verantwortungsträgerinnen und -träger unserem Staat, seinen Institutionen und unserer Demokratie ein Gesicht und eine Stimme geben. Städte und Gemeinden sind der Ort, in dem die Menschen ein Zuhause finden. Sie stiften Gemeinschaft und Identität, sichern unsere Daseinsvorsorge und gestalten die Grundlage für unser gesellschaftliches Miteinander.“

Meine Damen und Herren,

Sie wissen es längst, aber ich betone es zum Schluss meiner Haushaltsrede gerne noch einmal:

Unser finanzieller Spielraum ist eng. Und er wird zunehmend enger. Das muss uns allen bewusst sein.

Auf der einen Seite wollen wir uns den bisher gewohnten Standard leisten und bauen diesen in Form von zusätzlichen Freiwilligkeitsleistungen Jahr für Jahr weiter aus. Das passiert jedoch zu Lasten der Leistungsfähigkeit unseres Ergebnishaushalts.

Was mich besonders nachdenklich stimmt, ist die Tatsache, dass wir uns konsumtiv verschulden müssen, um unseren Konsum langfristig finanzieren zu können.

Uns muss klar sein, dass die im Planwerk veranschlagten Investitionen nur über einen rasanten Anstieg der Verschuldung realisiert werden können.

An dieser Stelle erinnere ich an eines unserer wichtigsten gemeinsamen Ziele: Solide Finanzen.

Und dafür müssen Sie als Stadträtinnen und Stadträte aber auch all unsere Führungskräfte ein Kostenbewusstsein haben und Finanzverantwortung übernehmen.

Klar ist: Die Konsolidierung unseres Haushalts bleibt auch in den kommenden Jahren unser Handlungsschwerpunkt.

Um das Ziel solider Finanzen zu erreichen, werden wir hier im Gremium noch viele Debatten führen müssen. Und diese werden nicht einfach.

Ohne eine permanente Aufgabenkritik, einem Verkauf von Bestandsgebäuden, einer Steigerung der Ertragsseite (ggfs. durch die Ausweisung von Gewerbegebieten beispielsweise im Sündle) und eine Priorisierung unserer Handlungsfelder bzw. einer Reduzierung der Freiwilligkeitsleistungen können wir dieses Ziel weder erreichen, geschweige denn die neuen Zukunftsinvestitionen dauerhaft und nachhaltig finanzieren.

Stadträtin/Stadtrat oder Führungskraft in dieser schönen Stadt zu sein heißt: Verantwortung übernehmen und sich darüber bewusst zu sein, dass die Grenze der Finanzierbarkeit aufgrund der dargestellten Lage – ohne ein aktives Gegensteuern – mit diesem eingebrachten Haushalt erreicht ist.

Was nicht mehr gilt, ist die Argumentation, dass die bisherigen Rechnungsergebnisse seit Jahren dann doch immer wieder besser ausfallen als unser Kämmerer bei der Planung prognostiziert hatte. Die Einmaleffekte, die unsere letzten Haushalte „gerettet“ haben, haben wir Ihnen in der Ausschussrunde umfassend dargestellt. Auf solche Effekte können wir uns aber nicht dauerhaft verlassen oder uns darauf ausruhen.

Meine Damen und Herren,

die Aufstellung eines Haushaltsplans ist mittlerweile eine große Leistung und ein richtiger Kraftakt – keine Selbstverständlichkeit.

Dass es uns immer wieder gelingt – gerade auch in diesen schwierigen Zeiten – deutlich bessere Haushaltsplanungen als andere Städte in unserer Größenordnung vorzulegen, liegt vor allem daran, dass Sie unseren Konsolidierungskurs seit Jahren mittragen. Dafür herzlichen Dank. Schorndorf ist deshalb der Zeit immer einen Schritt voraus.

Seit der Haushaltskonsolidierungsrunde in 2020 konnten wir unsere Ertragskraft durch die Sparmaßnahmen jährlich um fast 5 Mio. Euro steigern und sie bis 2027 in toto um rd. 30 Mio. Euro verbessern. Das ist eine ganze Menge!

Aber: Allein durch die Personalkostensteigerungen von über 4 Mio. Euro jährlich sind diese Einsparungen schon wieder egalisiert. Die nie endende Geschichte auf der Suche nach Geld geht also weiter.

Ich wünsche uns allen konstruktive Haushaltsberatungen und hoffe, dass sich unsere Wirtschaft, die Konjunktur und unsere Haushaltslage besser entwickelt als aktuell prognostiziert.

Manchmal ist es eben wie im Lotto:

Man braucht etwas Glück, um zu gewinnen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

SCHORNDORF
DIE DAIMLERSTADT

Erster Bürgermeister

Thorsten Englert
Marktplatz 1
73614 Schorndorf
Telefon 07181 602-2000
Telefax 07181 602-2090

thorsten.englert@schorndorf.de
www.schorndorf.de